

# Neue Fakten berücksichtigen

**Betrifft: Stellungnahme von Herbert Jahn zum Trianel-Kraftwerksprojekt**

Meines Wissens steht im Kommunalwahl-Programm der CDU aus dem Jahre 2004 nicht, dass Lünen ein weiteres Kraftwerk bekommen soll. Ich glaube, dann wäre die Wahl anders ausgegangen. Vor der Abstimmung im Mai 2006 im Rat, auf die Herr Jahn auch hinweist, war noch die Rede von 300 bis 350 neuen Arbeitsplätzen, jetzt nur noch 150 oder 75. Kosten damals rd. € 750 Millionen, jetzt € 1,2 Milliarden. Wie wirkt sich diese Kostenexplosion auf die Rentabilität des Kraftwerks aus? (...)

Die Kohlepreise steigen seit einiger Zeit, da unter anderem China Kohle nicht mehr exportiert, sondern auf den Weltmärkten einkauft. Auch dies belastet die Rentabilität

des neuen Kraftwerks.

(...) Auch war im Mai 2006 nicht bekannt, dass z.B. 25 % der erzeugten Energie von Lünen nach Österreich und in die Südschweiz exportiert werden soll. Das wichtigste Argument gegen die geplanten Kraftwerke, der IPCC Report über die Folgen des Klimawandels, kam erst im Juli d. Jahres heraus. Alle diese Hinweis und Fakten müssten eigentlich ausreichen, eine Meinung auch ändern zu können. Trianel fordert heute verlässliche Partner. Auch die Bürger Lünens möchten dies. Der Geschäftsführer Trianel Sven Becker sagte: ‚Wenn eine Mehrheit der Meinung ist, dass das Kraftwerk nicht gebaut werden soll, haben wir sicher auch andere Standorte.‘ Nun, Herr Becker, wie verlässlich sind sie? Ich glaube inzwischen aufgrund zahlreicher Gespräche, dass die

Mehrheit der Lünen Bürger die Kraftwerke nicht möchte!! Nur dies soll die Bürgerbefragung zeigen.

Joachim Wilmes  
Am Kelmbach 1  
44536 Lünen

## KONTAKT

Leserbriefe senden Sie an:

**Westfälische Rundschau  
Lokalredaktion Lünen  
Bäckerstraße 9  
44 532 Lünen  
Fax (02306) 202 43 17  
E-Mail: luenen@  
westfaelische-rundschau.de**

Leserbriefe geben die persönliche Meinung des Absenders wieder, dessen Adressangaben die Redaktion prüft. Einen Rechtsanspruch auf Abdruck gibt es nicht. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.